

Hamm, 22.10.2012

PRESSEERKLÄRUNG

Der Bund der Richter und Staatsanwälte fordert mehr Unterstützung für eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Ein am 19.10.2012 in der WAZ erschienener Artikel ist betitelt „*Richterbund warnt vor zu vielen Frauen in der Justiz*“. Diese Darstellung ist nicht richtig. Insbesondere entbehrt das dem Vorsitzenden Reiner Lindemann zugeschriebene Zitat jeder Grundlage. Weder der DRB-NRW noch dessen Vorsitzender haben vor der Einstellung von Frauen in die Justiz gewarnt. Im Gegenteil: Der DRB-NRW setzt sich seit vielen Jahren für die Frauenförderung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Frauen in der Justiz sind eine Selbstverständlichkeit.

Die verstärkte Inanspruchnahme von Elternzeit – durch Mütter oder Väter – ist zu begrüßen. Hieraus ergeben sich neue strukturelle Herausforderungen an die Organisation einer funktionierenden Rechtsprechung. Diese Fragen müssen angesprochen und politisch gelöst werden. Eine Lösung darf aber weder auf Kosten der jungen Mütter und Väter noch ihrer Karriereplanung noch auf Kosten der rechtssuchenden Bürger gefunden werden.

Die durch Mutterschutz und Elternzeit entstehenden Personallücken müssen durch eine ausreichende Personalreserve aufgefangen werden. Das gehört zur Justizgewährleistung und ist Aufgabe der Politik. Das sagt auch das Bundesverfassungsgericht: *„Es obliegt den Ländern, in ihrem Zuständigkeitsbereich für eine hinreichende materielle und personelle Ausstattung der Gerichte zu sorgen, damit diese ihrem Rechtsprechungsauftrag in einer Weise nachkommen können, die den Anforderungen des Art. 19 Abs. 4 Satz 1 GG genügt.“* (Beschluss vom 13.08.2012, 1 BvR 1098/11).

„Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch bei Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten - ich schließe die Väter hier bewusst ein - ist eine Forderung unseres Verbandes, die nicht nur im Interesse der Familien, sondern auch im Interesse einer funktionsfähigen und leistungsfähigen Justiz erfüllt werden muss,“ äußert sich hierzu Reiner Lindemann, Vorsitzender des Bundes der Richter und Staatsanwälte. *„Die Situation wird dadurch verschärft, dass den Kolleginnen und Kollegen dauerhaft eine Überbelastungsquote abverlangt wird. Dabei wäre eine angemessene, faire Arbeitsbelastung eine ebenso einfache wie effektive Maßnahme, um junge Familien bei der Wahrnehmung ihrer Doppelverantwortung für Beruf und Kinder zu unterstützen.“*

Der Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen ist mit über 3400 Mitgliedern bei ca. 5.400 Richtern und Staatsanwälten im Land Nordrhein-Westfalen deren größter Berufsverband.

Verantwortlich im Sinn des § 8 PresseG (NW) :
Reiner Lindemann, Vorsitzender
Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen e.V.
Martin-Luther-Straße 11, 59065 Hamm, Telefon 02381/29814 – Telefax 02381/22568
E-Mail info@drb-nrw.de Internet www.drb-nrw.de